

**DEPARTEMENT
VOLKSWIRTSCHAFT UND INNERES**

EANHÖRUNG: IHRE STELLUNGNAHME

Dieses Dokument zeigt Ihnen Ihre notierten Angaben aus dem Online-Fragebogen. Es wird automatisch generiert.

Details

Name der eAnhörung	Umsetzung der Leitsätze zur Weiterentwicklung der Polizeiorganisation und der Polizeibestände im Kanton Aargau
PDF-Dokument generiert am	16.03.2026 09:13
Stellungnahme von:	Die Mitte Aargau

FRAGEBOGEN ZUR ANHÖRUNG

Umsetzung der Leitsätze zur Weiterentwicklung der Polizeiorganisation und der Polizeibestände im Kanton Aargau

Anhörungsdauer

Die Anhörung dauert vom 21. November 2025 bis 15. März 2026.

Inhalt

Der Grosse Rat hat am 19. März 2024 vier Leitsätze zur Weiterentwicklung der Polizeiorganisation und der Polizeibestände im Kanton Aargau beschlossen. Insbesondere hat er sich dafür entschieden, die duale Polizeiorganisation beizubehalten und zu optimieren. Der Regierungsrat schlägt im Anhörungsbericht verschiedene Massnahmen vor, um die duale Polizeiorganisation im Kanton Aargau gezielt weiterzuentwickeln. Dafür sollen die Regionalpolizeien gewisse Aufgaben der Kantonspolizei übernehmen. Diese Anpassung der Aufgabenteilung erfordert eine Änderung des Dekrets über die Gewährleistung der öffentlichen Sicherheit (Polizeidekret, PoID). Anpassungen auf Gesetzesstufe sind dafür nicht erforderlich. Zudem schlägt der Regierungsrat weitere Optimierungsmassnahmen vor, die keine Anpassungen von Rechtsgrundlagen erforderlich machen. Die vollständigen Unterlagen zur Vorlage und zur Anhörung sind zu finden unter www.ag.ch/anhörungen.

Die vollständigen Unterlagen zur Vorlage und zur Anhörung sind zu finden unter www.ag.ch/anhörungen.

Auskunftsperson

Bei inhaltlichen Fragen zur Anhörung können Sie sich an die folgende Stelle wenden:

KANTON AARGAU

Departement Volkswirtschaft und Inneres

Rudolf Moos

Stabsmitarbeiter

Generalsekretariat

062 835 14 14

rudolf.moos@ag.ch

Angaben zu Ihrer Stellungnahme

Sie nehmen an dieser Anhörung im Namen einer Organisation teil.

Wenn Ihnen unten bereits Daten angezeigt werden, sind Ihre Angaben bereits hinterlegt. Sie können die Daten bei Bedarf überschreiben und so die Angaben korrigieren. Wichtig: Wenn Sie bspw. die E-Mail-Adresse ändern, wird fortan die neue von Ihnen notierte E-Mail-Adresse für den E-Mail-Versand für eine Anhörungseinladung verwendet!

Wenn Ihnen noch keine Angaben angezeigt werden, geben Sie bitte unten Ihre entsprechenden Kontaktdaten ein. Die notierten Angaben werden hinterlegt und Ihnen in weiteren Teilnahmen an eAnhörungen automatisch angezeigt.

Adressblock - Ihre Angaben

Name der Organisation	Die Mitte Aargau
E-Mail	info@diemitteaargau.ch

Zuständige Person bei inhaltlichen Rückfragen

Bitte notieren

Vorname	Michael
Nachname	Notter
E-Mail	michael.notter@grossrat.ag.ch

Fragen zur Anhörungsvorlage

Frage 1

Sind Sie mit der vorgeschlagenen Anpassung der Aufgabenteilung im Bereich der Kleinkriminalität einverstanden?

Bitte wählen Sie eine Antwort aus:

- ☒ völlig einverstanden
- ☐ eher einverstanden
- ☐ eher dagegen
- ☐ völlig dagegen
- ☐ keine Angabe

Bemerkungen zur Frage 1

Eine vermehrte Fallübergabe an die lokalen Regionalpolizeien macht Sinn und entlastet die Kantonspolizei.

Frage 2

Sind Sie damit einverstanden, dass die Kriminalprävention in den Schulen im Polizeidekret explizit als Aufgabe der Gemeinden statuiert wird?

Bitte wählen Sie eine Antwort aus:

- ☒ völlig einverstanden
- ☐ eher einverstanden
- ☐ eher dagegen
- ☐ völlig dagegen
- ☐ keine Angabe

Bemerkungen zur Frage 2

Wir sind einverstanden, dass das Polizeidekret ergänzt und die Kriminalprävention den Repols übergeben wird. Es ist im Dekret der Begriff Schule zu definieren. Es soll geschrieben werden dass Volksschulen gemeint sind.

Frage 3

Sind Sie einverstanden, dass die Aufgabenteilung bei Verkehrsunfällen unverändert bleibt?

Bitte wählen Sie eine Antwort aus:

- ☐ völlig einverstanden
- ☐ eher einverstanden
- ☐ eher dagegen
- ☒ völlig dagegen
- ☐ keine Angabe

Bemerkungen zur Frage 3

Die Repolkonferenz ist der Meinung dass diese erweiterte Aufgabenteilung machbar ist. Ist es doch genau diese Situation die bei der Bevölkerung für Kopfschütteln sorgt wenn die eine Polizeiorganisation auf die andere wartet und die eine dann unverrichteter Dinge von dannen zieht. Durch die flächendeckende Einführung des Rapportsystems MYABI verfügen nun beide Polizeiorganisationen über dasselbe Tool. Der Regierungsrat möchte eine erweiterte Aufgabenteilung zu einem späteren Zeitpunkt, gestützt auf die weitere Entwicklung der Verkehrsunfälle, prüfen. Man kann ja zu diesem Zeitpunkt auch prüfen ob sich die Aufgabenteilung nicht doch bewährt hat.

Eine andere Option wäre, die erst eintreffende Patrouille soll den Unfallort sichern, die Situation beurteilen und in einfachen Fällen die Unfallaufnahme vornehmen. So könnte die Wartezeit zu Lasten der Verunfallten reduziert werden. Bei anspruchsvolleren Situation kann eine Übergabe an die Kantonspolizei erfolgen.

Frage 4

Falls Sie Frage 3 mit "eher dagegen" oder "völlig dagegen" beantwortet haben: Welche Verkehrsunfälle sollen die Regionalpolizeien in Zukunft bearbeiten?

Bitte wählen Sie eine Antwort aus:

- ☐ Verkehrsunfälle ohne verletzte Personen auf dem Gemeindegebiet (ausgenommen Kantonsstrassen ausserorts sowie Autobahnen).
- ☒ Verkehrsunfälle ohne verletzte oder mit nur leicht verletzten Personen auf dem Gemeindegebiet (ausgenommen Kantonsstrassen ausserorts sowie Autobahnen).

- ☐ andere Regelung: bitte unter Bemerkungen erläutern.
- ☐ keine Angabe

Bemerkungen zur Frage 4

Frage 5

Sind Sie einverstanden, dass die neuen Bestimmungen des Polizeidekrets am 1. Januar 2027 in Kraft treten?

Bitte wählen Sie eine Antwort aus:

- ☐ völlig einverstanden
- ☒ eher einverstanden
- ☐ eher dagegen
- ☐ völlig dagegen
- ☐ keine Angabe

Bemerkungen zur Frage 5

In Anbetracht dessen, dass die Zukunft der Repols doch eine Zeit lang ungewiss war, brauchen diese nun genügend Zeit ihr personelles Manko zu beheben. Ich denke da ist eine Zeitspanne bis Anfang 2027 nicht realistisch. Es sollte eine Übergangsfrist eingesetzt werden, zum Beispiel drei Jahre.

Auf der nachfolgenden Seite erhalten Sie Gelegenheit, Schlussbemerkungen zur vorliegenden Anhörung zu notieren.

Bitte beachten Sie: Ihre Stellungnahme wird erst eingereicht, wenn Sie anschliessend auf den Button "Antworten abschicken" klicken! Vorher wird Ihre Stellungnahme nicht übermittelt.

Schlussbemerkungen

Die Mitte Aargau unterstützt das duale Polizeisystem und ist an einer Optimierung und Vereinfachung der Prozesse sehr interessiert. Die Schnittstellen zwischen den Polizeiorganisationen soll zum Vorteil des Bürgers optimiert werden.